

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

herausgegeben vom Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik
an den österreichischen Universitäten

vol. XXVI 1–2010

LATEINAMERIKANISCHE KRÄFTEVERHÄLTNISSE IM WANDEL

Schwerpunktredaktion: Stefan Pimmer

mandelbaum *edition südwind*

Inhaltsverzeichnis

- 4 STEFAN PIMMER
Editorial: Lateinamerikanische Kräfteverhältnisse im Wandel
- 12 STEFAN PIMMER
Neun Jahre PAN-Regierung in Mexiko: Von der passiven
Revolution zur Krise der Hegemonie
- 42 LUCIO OLIVER
Schattierungen einer progressiven Regierung:
Der erweiterte Staat in Brasilien
- 72 TATIANA PÉREZ RAMÍREZ, JAIME ORTEGA REYNA
Volksaufstand, indigene Revolte und die Konturen eines
national-popularen Projekts in Bolivien
- 101 DIANA GUILLÉN
Auf dem Weg zu einem alternativen Staats- und Gesellschafts-
projekt? Überlegungen zur jüngsten Vergangenheit Ekuadors
- 130 Mónica del Carmen Cerón Díaz
Die Transformation der Kräfteverhältnisse in El Salvador:
Vom Ende des Bürgerkriegs zum Triumph der FMLN
- 153 Rezensionen
- 159 SchwerpunktredakteruInnen und AutorInnen
- 162 Impressum

LUCIO OLIVER

Schattierungen einer progressiven Regierung: Der erweiterte Staat in Brasilien

1. Einleitung

Der vorliegende Artikel hat zum Ziel, einige zentrale Interpretationslinien zur aktuellen Situation in Brasilien zu liefern. Der zeitliche Analyserahmen erstreckt sich dabei vom Wahlsieg Lula da Silvas von der Arbeiterpartei (Partido dos Trabalhadores, PT) im Oktober 2002 bis November 2009, etwa ein Jahr vor Ende seiner zweiten Amtszeit. Für die Analyse dieser Periode werden zwei miteinander organisch in Verbindung stehende gesellschaftliche Bereiche analysiert: zum einen die Ausdrucksformen und Veränderungen in der brasilianischen Zivilgesellschaft und zum anderen die neuen Konturen in der politischen Gesellschaft. Das zentrale Ziel ist es, die gegenseitigen Beziehungen zwischen diesen beiden gesellschaftlichen Dimensionen zu untersuchen. Dabei sollen die politischen Projekte und die Verhältnisse der unterschiedlichen sozialen und politischen Kräfte des Landes zueinander beleuchtet werden, die in den Herrschaftsbeziehungen eine Rolle spielen. Die folgende Analyse nimmt also die gesellschaftlichen Kämpfe der letzten sieben Jahre in den Blick und analysiert diese mit Hilfe des von Antonio Gramsci geprägten Konzeptes des erweiterten Staates (vgl. Editorial). Demzufolge wird politische Macht als Ausdruck gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse begriffen. Die Gesellschaft als aktive Gesamtheit ist mitverantwortlich für die Definition des Öffentlichen, sie stützt bzw. hinterfragt die staatlichen Institutionen sowie die politischen Projekte der herrschenden Klassen.

2. Die Dynamik der Kapitalakkumulation in Brasilien

In den letzten dreißig Jahren hat sich in der brasilianischen Ökonomie die Vorherrschaft des transnationalen Finanzkapitals fest etabliert. Dies ist eng mit der auf den Export ausgerichteten Großindustrie im Südosten und Süden des Landes und mit dem Aufschwung der industriellen Landwirtschaft verbunden, vor allem bezüglich der Produktion von Soja und Ethanol. Die gesamte Wirtschaft ist dieser Vorherrschaft untergeordnet, auch die auf den Binnenmarkt ausgerichtete industrielle Produktion, die mittel- und kleinständige Industrie, die kleinflächige Landwirtschaft und einige staatliche Unternehmen, die in den Regierungsperioden der Präsidenten Fernando Collor de Mello (1990–1992) und Fernando Henrique Cardoso (1995–2002) an Bedeutung verloren (Fiori 2003; Oliveira 2003a). Unter der neoliberalen Wirtschaftspolitik wurden dem Finanz- und Exportsektor weitgehende Zugeständnisse eingeräumt: Liberalisierung der Handels- und Finanzaufgaben, hohe Leitzinsen, niedrige Löhne, Subventionen und staatliche Beihilfen im Rahmen der so genannten Koinversionen. Während der Präsidentschaft von Fernando Henrique Cardoso zeitigte das neoliberale Akkumulationsregime äußerst negative Auswirkungen auf den Lebensstandard der Bevölkerung, vor allem im Norden und Nordosten Brasiliens bzw. unter den BewohnerInnen der Slums (Favelas) der fünf wichtigsten Städte des Landes (Rio de Janeiro, São Paulo, Porto Alegre, Belo Horizonte und Fortaleza). Es förderte die regionale Ungleichheit, die soziale Fragmentierung, die Polarisierung der Einkommen sowie die strukturelle Arbeitslosigkeit (Campello/Zucco 2008). Gleichzeitig trug es aber auch zum Zustrom zur Landlosenbewegung MST (Movimento dos Trabalhadores Rurais sem Terra) aus den städtischen Gebieten bei. Diese konnte zu Beginn der Regierung Lula etwa fünf Millionen Familien im Kampf um Land hinter sich vereinigen (Stedile/Mançano 1999).

3. Lulas Wirtschafts- und Sozialpolitik

Im Gegensatz zu den Erwartungen vieler seiner AnhängerInnen behielt Luiz Inácio Lula da Silva während seiner zwei Amtsperioden eine Wirtschafts- und Sozialpolitik bei, die in vielerlei Hinsicht die Fortsetzung

der neoliberalen Maßnahmen seiner Vorgängerregierungen darstellte. So sind die Begrenzung der öffentlichen Ausgaben, die Vernachlässigung und Privatisierung wichtiger Gebiete im Amazonas (Palazzesi 2009) wie auch einiger staatlicher Unternehmen (Maringoni 2006) und eine wenig auf Partizipation ausgerichtete Politik weiterhin Teil der Regierungsführung. Die Wirtschaftspolitik bevorzugt in besonderem Maß das Finanzkapital, die auf den Export ausgerichtete Industrie und die landwirtschaftlichen Großbetriebe. Und auch wenn Anreize zur Stimulierung der mittelständischen Betriebe und der kleinflächigen Landwirtschaft eingeführt wurden, so fand die Expansion der industriellen und großflächigen Landwirtschaft vor allem unter Lula statt. Unter dem Schutz des Landwirtschaftsministeriums (Ministerio da Agricultura, Pecuaria e Abastecimento) erfuhr dieser Sektor einen bedeutenden Aufschwung, der sowohl im wachsenden Anteil an den Exporten als auch in der flächenmäßigen Ausbreitung zum Ausdruck kommt (Gutiérrez 2008; www.midiatecavipec.com 2009).

Dennoch wurde diese Wirtschaftspolitik durch einen höheren Grad an staatlichem Interventionismus zur Unterstützung der lokalen Produktion und des Binnenmarktes ausgeglichen. In dieser Hinsicht erfolgten bedeutsame Veränderungen im Gefüge des unter Cardoso etablierten „neoliberalen Privatisierungsstaats“ (Oliver 2005). Diese umfassen auch eine politisch-administrative Regulierung, die Akkumulationsprozesse auf nationaler Ebene fördert, indem sie Investitionen durch wirtschaftspolitische Maßnahmen zu steuern sucht (Pires 2009). Die Erholung der auf den internen Markt ausgerichteten Industrie bedeutet jedoch (noch) nicht die Wiederherstellung der im peripheren Fordismus etablierten internen Wertschöpfungsketten (ebd.). Zumindest jedoch hat sie zu einem erheblichen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts geführt, das in den letzten sechs Jahren verdreifacht wurde und dabei von 600 Milliarden US-Dollar auf 1838 Milliarden US-Dollar anstieg (Indexmundi 2009).

Neben diesem Impuls für den Binnenmarkt charakterisiert sich die Regierung Lula weiters durch eine auf die ArbeiterInnenschaft und die marginalisierten Bevölkerungssektoren fokussierte assistenzialistische, also durch materielle Unterstützungen und Beihilfen gekennzeichnete Sozialpolitik. Teile der staatlichen Einnahmen wurden beispielsweise zur Ankerbelung des Konsums unterprivilegierter Bevölkerungssektoren verwendet, etwa in Form der Familienbeihilfe „Programa Bolsa Família“ (Frei Betto

2004). Im Allgemeinen trug dies zu einer wesentlichen Verbesserung des Lebensniveaus eines Großteils der Bevölkerung mit niedrigem Einkommen bei. In Bezug auf die Situation der ArbeiterInnen ist festzuhalten, dass Zuweisungen aus staatlichen Fonds zwar dem mit der PT assoziierten Gewerkschaftsdachverband CUT (Central Única dos Trabalhadores) zugute kamen. Auf der Ebene des Sozialversicherungssystems und des Arbeitsmarktes kam es jedoch auch zu Verschlechterungen, wie etwa der Einführung der Steuer auf Pensionen. Im Bereich der Angestellten des öffentlichen Dienstes hingegen wurden bedeutsame Investitionen durchgeführt. Zusätzlich fungierte das weit reichende Programm für Ernährungssicherheit als Ausgleich zu den sinkenden Einkommen der ArbeiterInnen wie auch der Krise der kleinen und mittelständischen Landwirtschaft (ebd.). Dies konnte jedoch die tendenzielle Marginalisierung und die Arbeitslosigkeit weiter Bevölkerungsschichten nicht verändern, wie die MST in Bezug auf das Programm „Fome Zero“ festhielt (Gutiérrez 2008).

Zusammengefasst charakterisiert sich die Regierung Lula durch eine Politik, die einerseits einen Großteil der Ressourcen zur Unterstützung des spekulativen Finanzkapitals und der transnational artikulierten Industrie aufwendet. Andererseits jedoch wird ein Teil der öffentlichen Mittel zur Ankurbelung des Konsums breiter Bevölkerungsschichten und einer verbesserten Sozialpolitik im Bereich Bildung, Gesundheit, Wohnen und Arbeit eingesetzt (Campanello/Zucco 2008). Vom ungezügelten Neoliberalismus unter Cardoso ist man damit zu einem Neoliberalismus sozialdemokratischer Prägung übergegangen, in dem die Akkumulationsprozesse auf nationaler Ebene in die Globalisierung des Kapitals eingebettet werden. Die brasilianische Wirtschaft basiert nicht mehr wie unter den vorherigen Regierungen hauptsächlich auf ausländischen Investitionen oder der Privatisierung öffentlicher Unternehmen. Stattdessen wurde die Allianz zwischen dem Staat und den privaten Großunternehmen vorangetrieben, die symbolisch etwa im Wachstum des Erdölunternehmens Petrobras zum Ausdruck kommt.

Unter Lula wurde zudem der wirtschaftlichen und sozialen Mitbestimmung seitens der an die PT angegliederten Gewerkschaftsdachverbände und einiger Arbeitnehmervverbände aus dem Landwirtschaftssektor mehr Platz eingeräumt. Unabhängige Widerstandsbewegungen wie die Landlosenbewegung MST, die Obdachlosenbewegung (Movimento Sem Teto), die

Nachbarschaftsbewegungen in den Armenvierteln (Associação de Bairros e Favelas, ABF) und in den indigenen Gemeinden der Bundesstaaten des Mittleren Westens und Nordens mussten sich jedoch größtenteils durch eigene Kraft und ohne staatliche Unterstützungen aufrechterhalten. Die Regierung Lula erkannte zwar deren Forderungen und Kämpfe an, kam ihnen jedoch meist nur in einigen wenigen Anliegen entgegen und erschwerte die Abwicklung konkreter Hilfsleistungen und Kredite durch bürokratische Maßnahmen. Obwohl damit kaum den breiten Anliegen der sozialen Bewegungen entgegengekommen wurde, trug Lula dazu bei, zumindest auf nationaler Ebene demokratischen Verhandlungslösungen sozialer Konflikte den Weg zu ebnen. Diese Betonung der Aushandlung politischer und sozialer Konflikte konnte die Legitimität des Staates zumindest teilweise wieder herstellen. Die Politik der Bundesebene unterscheidet sich jedoch grundlegend von den Praktiken auf der Ebene der Länder und Gemeinden, die sich häufig durch Repression und die Niederschlagung sozialer Bewegungen auszeichnen (Serrano 2009).

4. Die Umriss einer neuen politischen Konstellation: Regierung, soziale Bewegungen und politische Partizipation

Wie kann nun die oben dargestellte Situation erklärt werden? Meines Erachtens ist dem brasilianischen Intellektuellen Francisco de Oliveira (2006) beizupflichten, dass die Rolle von Präsident Lula die eines legitimen Schiedsrichters zwischen den zwei wichtigsten sozialen und politischen Kräften des Landes ist. Die Führungsspitze der einen – die gewerkschaftliche Bürokratie der städtischen ArbeiterInnenschaft – hat einen privilegierten Zugang zu den politischen Entscheidungszentren auf nationaler Ebene, zu den Pensionsfonds und zu assistenzialistischen Sozialprogrammen. Ihr gelang es jedoch nicht, die wirtschaftliche, soziale und ideologische Vorherrschaft der zweiten Kraft, der Oligarchie der Finanzunternehmen, in Frage zu stellen. Letztere kontrolliert weiterhin sämtliche Bereiche der nationalen Wirtschaft und Kultur. In Anbetracht des politischen Patts zwischen diesen beiden Kräften wird klar, dass es das Charisma und die Persönlichkeit Lulas sind, die einen erfolgreichen Aushandlungsprozess zwischen diesen beiden Gruppierungen ermöglicht haben. Es muss

jedoch beachtet werden, dass unter seiner Führung eine autonome Organisation der ArbeiterInnenschaft nicht vorangetrieben wurde und sich der bürokratische Staat als Grundlage einer funktionierenden Akkumulation und der demokratischen Verhandlungsprozesse neu positioniert hat. In einer Situation, in der sich die Wirtschaft weiterhin unter der Ägide des großen transnationalen Finanzkapitals befindet, vertritt Lula weder die ArbeiterInnen noch die Finanzunternehmen, sondern stellt vielmehr einen Schiedsrichter zwischen diesen unterschiedlichen und entgegengesetzten Interessen dar. In diesem Sinn impliziert sein Projekt einer kapitalistischen Modernisierung notwendigerweise eine Stabilisierung der politischen und sozialen Macht der Oligarchie des Finanzkapitals.

Die Fortsetzung dieses Projekts setzt den Kämpfen der sozialen Bewegungen, die dem Neoliberalismus eine alternative soziale Agenda entgegengestellt haben, enge Grenzen. Die Bewegung für mehr Bürgerrechte und gegen den Hunger (Movimento pela cidadania e contra a fome, MCCH, 1994–1998), die gesetzlich eingeführten Verwaltungsräte für öffentliche Dienstleistungen, die lokalen Erfahrungen mit Bürgerhaushalten in mehr als hundert Städten im Nordosten und Süden des Landes (Dagnino 2004) und die Aktivitäten der Landlosenbewegung MST seit 1979 verweisen auf die gemeinsame Forderung einer breiten gesellschaftlichen Beteiligung und des Zugangs zu den Entscheidungen über öffentliche Angelegenheiten (Dagnino/Olvera/Panfichi 2006). Seit mehr als zwanzig Jahren versuchen sich diverse gesellschaftliche Kräfte am Prozess der Definition des Öffentlichen zu beteiligen (Asociación de Movimientos Sociales, 28.II.2008). Sie sehen sich dabei mit dem aktuellen Projekt eines bürokratischen Staats und eines politischen Regimes konfrontiert, das sich von der aktiven Beteiligung der Zivilgesellschaft zu distanzieren sucht (Dagnino 2004). In ihren Bemühungen und Kämpfen haben sie es sich zum Ziel gesetzt, progressive gesellschaftliche Sektoren in eine aktive Kraft auf der Straße und in den öffentlichen Foren zu verwandeln, also jenseits der Debatten und politischen Auseinandersetzungen in der Regierung und den beiden Kammern des Parlaments. So konnten sie Erfahrungen auf der Suche nach neuen und demokratisch gestalteten öffentlichen Räumen sammeln. Ziel ist es, eine direkte Beteiligung aller gesellschaftlichen Kräfte und kollektive Entscheidungsfindungsprozesse zu ermöglichen. Diese wiederum sollen die vorherrschenden ausgrenzenden und autoritären institutionellen Politikpraxen ersetzen (Frei

Betto 2005). Die neue soziale Agenda fordert ein, dass die politische Teilhabe der StaatsbürgerInnen und öffentliche Entscheidungen auf Grundlage der partizipativen Demokratie festgemacht werden, und dass sowohl die Landreform als auch die kulturelle, wirtschaftliche und politische Aufwertung der ArbeiterInnen garantiert werden. Diese Forderungen konnten jedoch bislang nur bruchstückhaft umgesetzt werden. Das Verhältnis zwischen den sozialen Kräften des Landes bleibt jenem der politischen Gesellschaft untergeordnet, das sich in der öffentlichen Institutionenlandschaft der exekutiven, legislativen und judikativen Gewalt eingeschrieben hat. Vor allem in den letzten beiden Bereichen ist noch immer ein autoritäres politisches Projekt vorherrschend, das auf das Erbe oligarchischer Verhaltensweisen und Einstellungen verweist. Das bedeutet jedoch nicht, dass innerhalb derselben nicht auch Vorstellungen einer demokratischen Öffnung existieren.

Zusammengefasst sind in Brasilien in Bezug auf (a) den Fortschritt einer autonomen sozialen Bewegung, die für eine Erweiterung der demokratischen Räume kämpft, (b) die Ausweitung und Vertiefung der demokratischen Prozesse an sich, (c) die Beteiligung weiter Teile der Bevölkerung an den öffentlichen Angelegenheiten und (d) die Überwindung der Subalternität der ArbeiterInnenschaft keine großen Fortschritte zu verzeichnen. Beispiele dafür sind die Fortführung und Vertiefung des Klientelismus und des „Konsumismus“ der arbeitenden Bevölkerung. Diese in der Zivilgesellschaft dominanten Paradigmen beruhen auf der Vorstellung, dass die Befriedigung der dringlichsten sozialen Bedürfnisse nur über die Ausbreitung der Marktmechanismen gewährleistet werden kann, und nicht etwa mittels einer Sozialpolitik, die auf der aktiven Beteiligung der Bevölkerung basiert. In diesem Sinn – und anders, als noch vor 15 Jahren angenommen wurde (Burgos 1994) – hat sich die PT selbst vom in den 1980er Jahren entwickelten gegenhegemonialen Projekt und den sozialen Bewegungen und Organisationen distanziert, die es vorangetrieben haben. Zu jenen gehören etwa die MCCH, die MST, die Nachbarschaftsbewegungen und die Nationale Bischofskonferenz.

5. Brasilien im Kontext der südamerikanischen Region

Seitdem in Brasilien die Arbeiterpartei die Regierung stellt, hat die Außenpolitik des Landes sowohl zur Veränderung der internen politischen und sozialen Lage als auch zu den geopolitischen Transformationsprozessen in der südamerikanischen Region beigetragen. Zum einen sind die neuen politischen Maßnahmen Brasiliens in den diversen internationalen Foren und im Kontext der bilateralen Treffen mit anderen lateinamerikanischen Präsidenten von Bedeutung. Diesbezüglich ist die Bereitschaft der Regierung zu beobachten, eine demokratisierende und stabilisierende Rolle in der Region einzunehmen. Mit diplomatischen Mitteln verfolgte Brasilien eine Politik der Verhandlung und der Anerkennung nationaler Rechte. Das wiederum ermöglichte eine wirtschaftliche Expansion der in Brasilien tätigen Großkonzerne. Zudem entstanden zivilgesellschaftliche Organisationen, die an der Erarbeitung einer progressiven Außenpolitik beteiligt sind (Oliver 2008). Gerade diese Organisationen konnten in wichtigen Momenten Druck auf die Regierung ausüben, um das Land stärker hinsichtlich der internationalen Kompromisse mit der südamerikanischen Region in die Pflicht zu nehmen. Auf diese Weise wurde zum Beispiel im Jahr 2005 in Mar del Plata das durch die USA vorangetriebene Projekt einer Gesamtamerikanischen Freihandelszone (ALCA) zu Fall gebracht. Unter den politischen Projekten, die den Subkontinent betreffen, ist zudem Brasiliens Initiative zur Gründung einer Union Südamerikanischer Nationen (UNASUL) hervorzuheben. Diese Einrichtung dient als politischer und diplomatischer Verständigungsraum der zwölf südamerikanischen Staaten wie auch als Forum für eine gemeinsame strategische Reflexion über die Wege und Prozesse der regionalen Integration (Iruegas 2008). In Bezug auf den Mercosur, den 1991 gegründeten Gemeinsamen Markt Südamerikas, ist festzuhalten, dass die Regierung Lula zur Dynamisierung der regionalen Wirtschaftsverhandlungen und des Warenaustauschs unter den beteiligten Ländern beigetragen hat.

Unter den politischen Kräften der USA lassen sich gegensätzliche Meinungen über die regionale Außenpolitik Brasiliens ausmachen. Einige sehen in Lula eine angemessene Option für die Aufrechterhaltung der regionalen Stabilität. Andere wiederum, die dem konservativen politischen Flügel zuzurechnen sind, versuchen von Kolumbien aus und mithilfe

einiger Botschafter und Militärbasen eine Politik der regionalen Destabilisierung zu verfolgen. Der regionale Einfluss Brasiliens ist jedenfalls von großer Bedeutung, sodass einige Studien zum Schluss kommen, dass das Land wieder eine subimperiale Rolle in Südamerika einnimmt (Caccia Bava 2009). Im Bereich der militärischen Sicherheit in der Region wurde auf Brasiliens Initiative im Rahmen der UNASUL der Verteidigungsrat des Südens (Consejo de Defensa del Sur, CONDESUR) eingerichtet. Dieser Rat trägt zur Entwicklung einer autonomen strategisch-militärischen Sichtweise in der Region bei, die sich von der US-Perspektive abhebt. In diesem Rahmen warnte Lula etwa vor kurzem die USA vor der Einrichtung von sieben Militärbasen in Kolumbien (TeleSur, 6.II.2009).

6. Die soziale Macht der Oligarchie und der Cäsarismus Lulas

Hinter den Institutionen der Regierung stehen soziale, politische und kulturelle Kräfte- und Machtverhältnisse. Die gegenwärtige bürgerlich-oligarchische Macht ist weiterhin hegemonial. Sie stützt sich auf die ihr angehörigen Politiker, die sich als erbliche Eigentümer der politischen Macht ansehen (Faoro 2001). Die in der brasilianischen Zivilgesellschaft vorherrschenden kapitalistischen Werte und Visionen in Bezug auf die Beschaffenheit des Staates, dessen Potenziale, Dynamiken und Institutionen haben sich nicht ausreichend von jenen der traditionellen brasilianischen Oligarchien distanziert. Nichtsdestotrotz befindet sich die Autorität der wichtigsten oligarchischen Politiker in der Krise, wie etwa der Fall des früheren Staatspräsidenten und aktuellen Vorsitzenden des Senats, José Sarney, aufzeigt. Dieser geriet 2009 aufgrund seines autoritären Führungsstils, seines Nepotismus und korrupten Verhaltens wiederholt in die Kritik.

Während der ersten drei Jahre der Amtsperiode Lulas kursierte innerhalb der ihn unterstützenden radikal-kritischen Kreise die Frage, ob die neue Regierung Ausdruck der gegen-hegemonialen Kämpfe innerhalb der Zivilgesellschaft sei und sich in Auseinandersetzung mit den konservativen und oligarchischen Kräften des Landes befände, ob sie als Regierung also die gegen-hegemonialen Kämpfe in die politische Gesellschaft hineintragen würde. Die seit damals stattgefundenen Ereignisse weisen jedoch darauf hin, dass die Regierung der PT kein umfassender und radi-

kaler Ausdruck der Kräfte der ArbeiterInnenschaft und ihres alternativen hegemonialen Projekts ist (Oliveira 2006). Stattdessen handelt es sich vielmehr um eine Regierung, die sich zwar als Volksprojekt versteht und legitimiert, in Anlehnung an Antonio Gramsci jedoch eher eine cäsaristische Regierung mit Schiedsrichterfunktion darstellt. Um den Cäsarismus Lulas genauer zu charakterisieren, muss in Betracht gezogen werden, dass der Präsident und die PT das Land auf der Grundlage eines progressiven politischen Programms regieren, vor allem, wenn man es mit seinen Vorgängerregierungen vergleicht. Dieses verkörpert jedoch kein gegen-hegemoniales Projekt der subalternen gesellschaftlichen Gruppen, das Räume für eine transformierende historische Kraft eröffnet. Aus diesem Grund scheint es zutreffend, diese Regierung mit dem Begriff des Cäsarismus (Marx 1950; Gramsci 1999) zu beschreiben. Der Begriff verweist auf eine Situation, in der der Präsident die Regierungsgeschäfte leitet und dabei versucht, sich über die sich im Widerstreit befindlichen sozialen und politischen Kräfte des Landes zu stellen. In dieser Konstellation, in der sich die antagonistischen Gruppen und Klassen in einer Patt-Situation befinden und sich keine Kraft gegenüber der anderen durchsetzen kann, wird den GegenspielerInnen eine von der Regierung bestimmte Politik aufgezwungen (Gramsci 1999), die im Fall Brasiliens die politische Krise verwaltet und letzten Endes dem großen Finanzkapital, der landwirtschaftlichen Industrie und den großen Industriekomplexen zugute kommt. Das wiederum schließt eine Verbesserung des Lebensstandards der armen Bevölkerungsektoren nicht aus, in deren Rahmen der ArbeiterInnenschaft beispielsweise unmittelbare Sozialleistungen zugesprochen werden. Diese Politik fördert allerdings nicht die Entwicklung und Stärkung dieser Gruppe als soziale und politische nationale Kraft. In diesem Sinn scheint die Regierung Lula ein politisches Projekt der ArbeiterInnen zu vertreten, das – mit Gramsci gesprochen – nicht über das Niveau einer gewissen Klassensolidarität hinauskommt. Es entwickelt also keine hegemoniale Ausstrahlungskraft, die im Stande wäre, auch andere gesellschaftliche Gruppierungen und Klassen vom eigenen Projekt zu überzeugen und sie darin mit einzu beziehen. Die Regierung kämpft zwar für die Einhaltung der Rechte der ArbeiterInnenschaft und für deren Beteiligung in Staatsangelegenheiten, jedoch innerhalb der durch die Vorherrschaft des großen Finanzkapitals etablierten Rahmenbedingungen.

Dies bedeutet zwar nicht, dass es innerhalb der Regierung, der PT und in anderen politischen Gruppierungen und Organisationen keine kritischen Strömungen gibt, die die Entwicklung einer neuen historischen Kraft im Kampf um die Hegemonie vorantreiben. Aber diese gegen-hegemonialen Strömungen charakterisieren nicht die aktuelle Regierung. Im Gegenteil, vieles deutet darauf hin, dass deren cäsaristische Politik nicht das gegen-hegemoniale Projekt der ArbeiterInnenschaft und der popularen Sektoren vertritt. Sie ist vielmehr auf einen nationalen Kompromiss und die Entwicklung eines neo-desarrollistischen Projektes ausgerichtet, also auf eine klassische Modernisierungsstrategie, die Wirtschaftswachstum und Produktivkraftentwicklung durch eine starke Beteiligung des Staates und eine hohe Ressourcenvernutzung fördert. Im Folgenden werden einige bedeutende Momente der zwei Amtsperioden der Regierung Lula aufgezeigt, um die soeben dargelegte kritische Charakterisierung derselben zu untermauern.

7. Die zwei Amtsperioden von Lula: vier analytische Momente

In der Entwicklung seit der Wahl Lulas zum Präsidenten im Oktober 2002 können vier Momente unterschieden werden, die bis zum jetzigen Zeitpunkt, also bis zum November 2009, bedeutende politische Ereignisse markieren. Es geht um den Versuch, in den unterschiedlichen politisch-institutionellen Prozessen analytische Schwerpunkte zu setzen, aber auch wichtige Ereignisse und Veränderungen auf dem Feld der zivilgesellschaftlichen Kämpfe und der sozialen Bewegungen auszumachen, um dadurch die Kräfteverhältnisse Brasiliens zu bewerten.

7.1 Die Präsidentschaftswahlen im Oktober 2002

Einen ersten Moment stellen die Präsidentschaftswahlen vom Oktober 2002 dar, aus denen Lula als Kandidat der Arbeiterpartei PT siegreich hervorging. Diese Wahlen fanden im Kontext einer wachsenden Enttäuschung über die neoliberalen Maßnahmen der Vorgängerregierung von Fernando Henrique Cardoso statt, vor allem seit Beginn dessen zweiter Amtszeit ab 1999. So kritisierten viele, dass Cardoso vor seiner Wiederwahl die Ausmaße der nationalen Wirtschaftskrise verschwiegen hatte und dass die soziale und regionale Fragmentierung, die soziale Ungleich-

heit, die Marginalisierung weiter Bevölkerungskreise und die Arbeitslosigkeit aufgrund der neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik gestiegen seien. Die allgemeine Ablehnung des Regierungsprojekts von Cardoso war unter anderem auf dessen Abwendung von den Zielen der verfassunggebenden Versammlung aus dem Jahr 1988 zurückzuführen, die für Brasilien den Charakter eines „konstitutiven Schlüsselmoments“ (Zavaleta Mercado 1986) einnehmen. Die Verfassung von 1988 stellte eine wichtige konsensuale Basis in der jüngeren Geschichte des Landes dar und definierte in gewisser Hinsicht die zukünftigen Entwicklungen. In diesem Sinn beruhte die Ablehnung gegenüber Cardoso auf der Krise seines neoliberalen Projekts und dessen wichtigster Paradigmen, wie etwa den Strukturanpassungsmaßnahmen, der Privatisierungspolitik, seiner autoritären Regierungsführung, der Neo-Oligarchisierung des Staates, einer Umstrukturierung der Wirtschaft zugunsten des Finanzkapitals und des Exportsektors und der Autonomisierung der Zentralbank. Was sich in den Präsidentschaftswahlen von 2002 als allgemeiner Konsens der brasilianischen Bevölkerung darstellte, verwies klar auf deren Suche nach den Forderungen der Verfassung von 1988 und der darin verankerten sozialen Rechte sowie der nationalen Souveränität (Oliveira 2003b). Das Projekt von Lula, unterstützt von vielen sozialen Bewegungen und weiten Teilen der Zivilgesellschaft, verkörperte diese Rückkehr zu den Zielen von 1988. Dies ermöglichte letztendlich den Wahlsieg eines Präsidentschaftskandidaten der Arbeiterpartei, der nicht Teil der traditionellen Elite war.

Es muss jedoch hervorgehoben werden, dass Lula kurz vor den Wahlen den polemischen „Brief an das brasilianische Volk“ verfasste. Mit diesem viel kritisierten Schreiben versuchte er nicht nur, das Vertrauen und die Zustimmung des Finanzkapitals und der Unternehmerschaft zu gewinnen, sondern versprach auch die Fortsetzung der vorherigen Wirtschaftspolitik (Oliveira 2006). Dies deutete bereits darauf hin, dass Lula als Präsident nicht den Erwartungen vieler seiner AnhängerInnen entsprechen würde, die lang ersehnte politische Machtübernahme der ArbeiterInnenklasse zu verkörpern. Vielmehr ließ dieser Brief die ersten Konturen eines Projekts erahnen, das sich durch eine progressive Verwaltung des brasilianischen Kapitalismus auszeichnen würde. Nichtsdestotrotz hatte der Wahlsieg Lulas eine enorme politische Bedeutung. Immerhin konnte er die traditionellen politischen und wirtschaftlichen Eliten des Landes von der Regierung verdrängen.

Die Ablösung der traditionellen politischen Eliten in der Regierung ging jedoch nicht mit der Verdrängung der Finanzoligarchie und der großen Unternehmen aus ihrer wirtschaftlichen und sozialen Rolle einher. Die neue Regierung war seit Anbeginn nicht daran interessiert, tief greifende Transformationen der sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen voranzutreiben, sondern suchte nach Möglichkeiten, um zugunsten der gewerkschaftlichen Bürokratie die Geldanlagen der ArbeiterInnenschaft auf dem Finanzmarkt gewinnbringend anzulegen. Dadurch gelang es ihr, an der Seite der Finanzoligarchie ebenfalls an den Vorzügen der Finanziarisierung der brasilianischen Wirtschaft teilzuhaben, also an der Aufblähung und Autonomisierung des brasilianischen Finanzmarktes (ebd.). Auf diese Weise wuchsen sowohl der gewerkschaftliche Korporatismus als auch die Einnahmen und Pfründe der organisierten ArbeiterInnenschaft. Der im Jahr 1983 gegründete Gewerkschaftsdachverband Brasiliens (Central Única dos Trabalhadores do Brasil, CUT), das urbane und soziale Rückgrat der PT und der Politik des Präsidenten, stellt gemäß Oliveira die „neue dominante korporative ArbeiterInnenklasse“ dar (ebd.). Die in erster Linie an gremialen Interessen orientierte Position dieses Sektors im weiten Spektrum der ArbeiterInnenvereinigungen hat sich damit zu einem Hindernis für die Ausweitung des nationalen Projekts der PT entwickelt. Mit Gramsci kann somit dessen ökonomisch-korporativer Charakter konstatiert werden, der unter anderem eine Allianz mit der Landlosenbewegung MST verhinderte. Damit wurde jedoch die Landreform lediglich als ein Problem der bürokratischen Verwaltung betrachtet und nicht als ein gemeinsames politisches Ziel.

7.2 Die erste Amtszeit von Präsident Lula da Silva (2003–2006)

Die erste Amtszeit der Regierung Lula von 2003 bis 2006 stellt einen zweiten Analysezeitpunkt dar. Wie der „Brief an das brasilianische Volk“ bereits erahnen ließ, verfolgte der Präsident kein sozialistisches Projekt, wie es die PT zu Zeiten ihrer Gründung festgelegt hatte. Diese drei Jahre charakterisierten sich vielmehr durch ein neo-desarrollistisches Programm zur Unterstützung der nationalen Kapitalakkumulation und des Binnenmarktes, Lohnerhöhungen der ArbeiterInnenschaft und assistenzialistische Maßnahmen zur Ankurbelung des Konsums der marginalisierten Bevölkerungsektoren (Campello/Zucco 2008). Gleichzeitig behielt man ein sehr hohes Zinsniveau bei und ließ die Privilegien der Finanz- und Industrie-

eliten sowie der landwirtschaftlichen Monopole unangetastet. Auch wenn sich Lulas Regierungsprogramm an den Leitlinien der Verfassung von 1988 orientierte, also an der Entwicklung der internen Kapitalkreisläufe unter Berücksichtigung der etablierten Rechte und der sozialen Inklusion, ging seine Politik nicht mit einem alternativen hegemonialen Projekt einher. Mehr ArbeiterInnenrechte, ein größerer Einfluss derselben auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik und ein verbesserter Zugang zu den Programmen der Regierung führen nicht automatisch zum Aufbau einer hegemonialen Alternative zum nationalen Desarrrollismus (Dagnino 2004). Die auf Partizipation ausgerichtete assistenzialistische Sozialpolitik, wie etwa das Null-Hunger-Programm (Fome Zero), blieben auf die institutionellen Strukturen beschränkt. Im Parlament selbst griff die PT auf traditionelle Korruptionsmechanismen zurück, um dadurch die notwendige Zustimmung zu den Vorschlägen des Präsidenten zu gewährleisten. Damit verloren Regierung und Partei jedoch ihre politisch-moralische Integrität. Während Lula weiterhin seiner Idee einer nationalen kapitalistischen Entwicklung unter popularen Vorzeichen nachging und dabei die institutionelle Trennung zwischen Regierenden und Regierten aufrechterhielt, distanzieren sich die sozialen Bewegungen vom Präsidenten und seiner Partei.

Durch diese Darstellung soll keinesfalls die Bedeutung herabgemindert werden, die mit der Ablösung der traditionellen und modernen Oligarchie von den Regierungsgeschäften verbunden ist. Ohne Zweifel stellt die Wahlniederlage der die Eliten verkörpernden Parteien PMDB (Partido do Movimento Democrático Brasileiro), der Liberalen (früher Partido Frente Liberal, heute Demócratas) und PSDB (Partido Social Democrata Brasileiro) ein wichtiges historisches Ereignis in der Geschichte des Landes dar. Dennoch gründet dieser Wechsel in der Regierung nicht auf einer hegemonialen Auseinandersetzung: Es handelt sich nicht um ein gegen-hegemoniales Projekt, das auf eine stärkere politische Beteiligung der ArbeiterInnenenschaft abzielt oder Letztere in die Entscheidungen über öffentliche Angelegenheiten mit einschließt. Stattdessen respektierte man weiterhin die privilegierte Macht der Institutionen des autoritär-bürokratischen Staates. Sowohl die exekutive als auch die legislative und die judikative Macht sind deutlich von der Bevölkerung abgeschirmt und stellen einen privilegierten Raum für den Einfluss der Oligarchie dar.

Es ist daher festzuhalten, dass die Übernahme der Regierungsgeschäfte durch die Arbeiterpartei allein nicht ausreicht, um die institutionellen Rahmenbedingungen der politischen Verhältnisse zu verändern. Diese befinden sich weiterhin in der Hand der Eliten, auch wenn diese wie im Fall der Exekutive auch RepräsentantInnen der ArbeiterInnenschaft mit einbeziehen. Das lässt darauf schließen, dass in Brasilien die Hegemonie des historischen kapitalistischen Projekts weitergeführt wird, wenn auch in einer neuen Form. In diesem Fall würde sich auch bestätigen, dass es sich nicht um eine Regierung handelt, die als Ausdruck der organisierten ArbeiterInnenschaft in Auseinandersetzung mit den rechtskonservativen und oligarchischen Kräften des Landes steht. Lulas Vorgehensweise beinhaltet eher einen Kompromiss zwischen den Klassen, der durch seine Persönlichkeit dominiert wird, wobei die Interessensunterschiede und -konflikte durch ihn ausbalanciert werden. Somit verkörpert diese Regierung nicht den hegemonialen Kampf zwischen gesellschaftlichen Gruppen. Es handelt sich vielmehr um einen von oben geführten und für das transnationale Kapital offenen Staatskapitalismus, der meines Erachtens als Neodesarrollismus cäsaristischer Ausprägung charakterisiert werden kann.

7.2.1 Beziehungen zwischen der politischen und der zivilen Gesellschaft im Umfeld der neuen Regierung

In Anbetracht einer linksgerichteten Regierung und des gleichzeitigen Machterhalts oligarchischer Finanzgruppen stellt sich die Frage, ob sich der erweiterte Staat in ethisch-politischer Hinsicht verändert hat, ob sich also eine Umgestaltung in den Beziehungen zwischen ziviler und politischer Gesellschaft festmachen lässt. In Brasilien war dieses Verhältnis traditionell von der Dominanz der Eliten in der politischen Gesellschaft geprägt, denen die progressiven Sektoren der Zivilgesellschaft untergeordnet waren. In Bezug auf die neue Regierung würde der Assistenzialismus der öffentlichen Dienstleistungsprogramme einer Selbstorganisation der urbanen Sektoren und der verarmten Landbevölkerung grundsätzlich nicht entgegenstehen. Die Leitlinien einiger Regierungsprogramme (beispielsweise im Gesundheits- und Bildungswesen) erfordern sogar ein gewisses Maß an gesellschaftlicher Organisation, um die im Gesetz der „partizipativen Politikbeiräte öffentlicher Dienstleistungen“ (Consejos participativos para

las Políticas Públicas) festgeschriebene Teilhabe zu ermöglichen. Dieses Gesetz, das auf die Verfassung aus dem Jahr 1988 zurückgeht, wurde unter der Regierung Cardoso institutionalisiert und unter Lula fortgeführt. Das von Letzterem eingeführte Programm für Ernährungssicherheit, das unter anderem das Null-Hunger-Programm und das Familienstipendium (Bolsa Familia) umfasst, richtet sich ebenfalls an die Zivilgesellschaft. Aber gehen wir genauer darauf ein: Ein wichtiger Fortschritt dieser Maßnahmen bestand zwar in der Förderung autonomer Organisationsprozesse seitens der Zivilgesellschaft, da die regionalen und lokalen Entscheidungsgremien per Dekret zu je zwei Dritteln aus Mitgliedern der Zivilgesellschaft und zu je einem Drittel aus staatlichen Organen bestanden (Programa de Seguridad Alimentaria 2003). Diese fortschrittliche Veränderung der Beziehung zwischen politischer und ziviler Gesellschaft wurde jedoch nur in wenigen Bundesstaaten implementiert (Braga 2009). Die tatsächlichen Grenzen des Programms für Ernährungssicherheit liegen darin, dass es sich um ein mit geringen Ressourcen ausgestattetes Versuchsprojekt handelt, das sich zudem nur auf ein kleines Spektrum der Sozialpolitik konzentriert. Es ist nicht mit anderen sozialpolitischen Bereichen verknüpft und beruht auf einer relativ freiwilligen Umsetzung in den jeweiligen Bundesstaaten und Gemeinden. Die Regierung Lula rief als Konsultationsorgan auch den Rat für Wirtschaftliche und Soziale Entwicklung ins Leben (Ayala 2003). Dieser wurde zwar von Beginn an von den Unternehmensverbänden dominiert, konnte jedoch in den sieben Regierungsjahren bisher noch keine wesentlichen Aktivitäten vorweisen (Oliveira 2006). Selbst das Programm zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums wurde nicht in diesem Rat besprochen, sondern resultierte aus einer Entscheidung des Ministeriums für Entwicklung und Planung. In Anbetracht dieser Entwicklungen muss daher genau unterschieden werden zwischen einer bürokratischen Politik der Regierbarkeit, die sich auf die traditionellen Kräfte innerhalb der öffentlichen Institutionen stützt, und demokratischen Politikformen, die auf einer effektiven Beteiligung der Zivilgesellschaft an den politischen Entscheidungsfindungsprozessen beruhen.

Um zu bewerten, inwieweit die autoritären Beziehungen zwischen politischer und ziviler Gesellschaft unter der Regierung Lula fortbestehen, müssen verschiedene Aspekte berücksichtigt werden. Einer davon ist die Beziehung zwischen der Regierung und der Landlosenbewegung MST. Das

Wahlprogramm Lulas aus dem Jahr 2002 inkludierte zwar einen auf der Verfassung von 1988 gestützten Kompromiss, um die Landreform mittels der Enteignung unproduktiver Ländereien zu beschleunigen (PT 2002). Die Regierung neigte jedoch dazu, die Forderungen der Landlosenbewegung nicht als politisches Problem zu betrachten, das die Einbeziehung von unterschiedlichen sozialen und politischen Kräften erfordern würde. Mit Gramsci gesprochen trat ein ökonomisch-korporativer Standpunkt der Regierung zu Tage, der sich durch eine Fokussierung auf die eigene Klientel kennzeichnete und dadurch strategische Bündnisse mit anderen politischen Gruppierungen und sozialen Bewegungen erschwerte. Dies führte letztendlich zu einer durch technokratische Implementierungsmaßnahmen geprägten bürokratischen Umsetzung der Landreform, in der sich zudem der Einfluss der Oligarchie in den Regierungsbehörden bemerkbar machte. Damit konnte das Versprechen der ersten Legislaturperiode Lulas, eine Million LandarbeiterInnenfamilien anzusiedeln, nicht gehalten werden. Die Zahl der Ansiedlungen stieg lediglich von 60.000 auf etwa 250.000 Familien. Kritik am Ansiedlungsprogramm der Regierung wird auch von Seiten des Nationalen Forums für Landreform und Gerechtigkeit auf dem Land (Fórum Nacional pela Reforma Agrária e Justiça no Campo) geübt, dem mehr als vierzig LandarbeiterInnenvereinigungen angehören. Demzufolge werden lediglich bereits bestehende Ansiedlungen legalisiert oder unbewohnbare Böden im Amazonasgebiet vergeben (vgl. Gutiérrez 2008).

Darüber hinaus wirkte sich auch die Unterstützung, die die Regierung Lula der industriellen Landwirtschaft zu Lasten der kleinbäuerlichen Familien zukommen ließ, negativ auf Letztere aus. Zu den Unterstützungsmaßnahmen zählten Kreditzuwendungen unter anderem an Bayer, Rhodia und Louis Dreyfus in der Höhe von etwa 17 Milliarden Euro, verglichen mit Zuwendungen von nur drei Milliarden Euro an Kleinbauernfamilien. Dem Wirtschaftswissenschaftler und Anführer der MST Joao Pedro Stedile zufolge wurde darüber hinaus der Anbau genmanipulierter Nahrungsmittel gefördert. Stedile kritisiert zudem, dass noch immer hunderttausend Familien auf ihre Umsiedlung warten. Dies sei nicht zuletzt auf die unklare Haltung der Regierung Lula hinsichtlich der tatsächlichen Inhalte der Landreform zurückzuführen (www.midiatacavipec.com 2009).

Das schwerwiegendste Hemmnis im Zuge der Landreform ist jedoch die Beibehaltung der traditionellen Vorherrschaft der Oligarchie und die

Aufrechterhaltung der Distanz zwischen ziviler und politischer Gesellschaft, wie José Juliano Carvalho Filho betont. Selbst Leiter des brasilianischen Landreformverbands (Associação Brasileira de Reforma Agrária, ABRA), weist Carvalho Filho darauf hin, dass diese Politik die Machtstrukturen des brasilianischen Großgrundbesitzes nicht verändern wird können. Von einer tief greifenden Landreform ist daher nicht zu sprechen. Nur in Bezug auf die Situation des familiären Kleinbauerntums seien positive Ergebnisse zu verzeichnen. Das jedoch reiche nicht aus, um das Landmonopol der Großgrundbesitzer zu brechen (vgl. Carvalho Filho 2009). Damit wird die Glaubwürdigkeit der Regierung Lula hinsichtlich ihrer Unterstützung der sozialen Bewegungen untergraben.

Eine weitere bedeutsame Beziehung stellt jene zwischen der Regierung Lula und der Zivilgesellschaft in Bezug auf die städtischen Favelas dar, die die extreme soziale Ungleichheit des Landes veranschaulichen. Nach fast sieben Jahren gibt es noch immer keine Programme, die tatsächlich auf die Partizipation der FavelabewohnerInnen abzielen, die immerhin vierzig Prozent der Bevölkerung der Großstädte ausmachen. Rio de Janeiro ist ein markantes Beispiel für das Scheitern eines Plans, der auf bürokratischem Weg durch die Vergabe von Eigentumstiteln das Problem der Favelas zu lösen versuchte. Dadurch wurde auch die Festlegung einer Sozialpolitik, die auf die Verbesserung der Lebensbedingungen in diesen Wohnvierteln abzielt, um vier Jahre hinausgezögert (vgl. Terra 2003). Angesichts der ausbleibenden Erfolge dieser auf der Regulierung von Eigentumstiteln beruhenden sozialpolitischen Maßnahmen setzt man heute auf groß angelegte Investitionen zu deren Modernisierung und Renovierung. Diese umfassen sowohl die Verbesserung der Wohnbedingungen mittels Begrünung und der Errichtung von Solaranlagen als auch die Asphaltierung von Straßen, die Aufstellung von Sammelbecken für Regenwasser für sanitäre Anlagen und die Errichtung von Kulturzentren, Polizeistationen und Anlaufstellen für die öffentliche Gesundheitsversorgung (vgl. Arias 2007). Trotz seiner Bedeutung ändert dieses Projekt nichts an der traditionellen Vorstellung einer politischen Gesellschaft, die befiehlt, und einer zivilen Gesellschaft, die die Befehle Ersterer ausführt. Es fördert somit keinesfalls etwaige Autonomisierungs- und Organisationsprozesse der FavelabewohnerInnen hinsichtlich der Definition öffentlicher Dienstleistungen, der Gestaltung von lokalen Vorhaben und der Verwaltung von Ressourcen.

Eine dritte Beziehung zwischen der brasilianischen Zivilgesellschaft und der Regierung Lula stellt deren Politik hinsichtlich des Amazonas dar. Dieses an Bodenschätzen reiche und von indigenen Völkern bewohnte Gebiet wird von raffgierigen Oligarchien und ausländischen Unternehmen beherrscht. Die Regierung ist kaum in der Lage, die Plünderung der Bodenschätze zu verhindern, da sie versucht, das Problem lediglich durch eine bürokratische Kontrolle in den Griff zu bekommen. Jeder einzelne der 275 Angestellten der staatlichen Kontrollbehörde ist mit der Überwachung von 18.000 Quadratkilometern betraut, und das in einem Gebiet, dessen Bodenschätze und Ressourcen von vielen AkteurInnen begehrt werden, nicht zuletzt den dort tätigen 27 multinationalen Unternehmen. Brasilien ist weltweit der zweitgrößte Sojaexporteur und beherrscht zwanzig Prozent des Rindfleischmarktes, wofür jedoch riesige Waldgebiete abgeholzt werden. Zudem wird der Holzhandel oft illegal abgewickelt (so sind achtzig Prozent des im Bundesstaates São Paulo verwendeten Holzes illegaler Herkunft) und beruht auf umweltschädlichen und ineffizienten Abholzungsverfahren (vgl. Arias 2005).

Letztlich zeigen die drei hier untersuchten Politikfelder, dass die Regierung keineswegs die Selbstorganisation der zivilgesellschaftlichen Sektoren fördert. Zwar ist die Verbesserung der Lebensbedingungen vor allem der marginalisierten Bevölkerung von Bedeutung. Dazu gehören die Ausweitung der Sozialversicherung, der höheren Bildung, der wirtschaftlichen Unterstützung für Familien und die Bereitstellung von Wohnraum und Dienstleistungen für besonders gefährdete Bevölkerungsgruppen. Diese Errungenschaften wurden jedoch nicht im Rahmen veränderter Beziehungen zur Zivilgesellschaft erreicht, sondern durch eine traditionell bürokratische und von oben implementierte Politik.

7.3 Die Wiederwahl Lulas im Oktober 2006

Ein drittes Moment der Analyse stellt die Wiederwahl Lulas im Oktober 2006 dar, zu einem Zeitpunkt, als die Konfrontation zwischen den stärksten politischen Kräften des Landes neu auflebte. In dieser Phase zogen die linksgerichteten Kräfte des Landes Bilanz über die erste Legislaturperiode des Präsidenten und sahen sich zugleich mit den rechtskonservativen Parteien konfrontiert, die eine Wiederwahl Lulas verhindern wollten. Die progressiven städtischen Bevölkerungssektoren sowie die sozialen Bewegungen

waren jedoch enttäuscht über die Korruptionfälle der PT und enthielten Lula im ersten Wahlgang ihre Stimme. Im zweiten Wahlgang stimmten sie jedoch für seine Wiederwahl als das kleinere Übel. Lula ging hauptsächlich aufgrund der Stimmen aus dem Landesinneren als Sieger aus diesen umkämpften Wahlen hervor (vgl. Campello/Zucco 2008).

Ein für den Ausgang der Wahlen ausschlaggebender Faktor war sicherlich das Wirtschaftswachstum der ersten vier Regierungsjahre Lulas, das überraschend hoch ausgefallen war. Sowohl die industrielle Produktion als auch der Export der auf Soja und Rindfleisch ausgerichteten industriellen Landwirtschaft wuchsen beachtlich. Wie bereits erwähnt, verdreifachte sich das BIP und stieg von 600 Milliarden US-Dollar im Jahr 2002 auf 1838 Milliarden US-Dollar. Diese Zahlen belegen, dass die Kapitalakkumulation auf nationaler Ebene einen neuerlichen Aufschwung erfuhr, ein positiver Effekt der staatlichen Regulierung über die Wirtschaft und der Verringerung der Abhängigkeit vom Ausland. Dies war Ergebnis der wiedererlangten regulativen Funktion der Handelsbeziehungen sowohl innerhalb des Mercosur als auch mit dessen Partnerländern, die nicht zu den Gründungsmitgliedern dieses Abkommens zählen. Nichtsdestotrotz scheint diese Politik ungenügend zu sein angesichts der strukturellen Widersprüche und der sozialen Ungleichheit, die ständig zu Gewaltausbrüchen führen. Diesbezüglich wurden alle wichtigen Momente der Regierung Lula von der Polizeigewalt in den Favelas und den Gefängnissen São Paulos und Rio de Janeiros überschattet. Ein radikales Vorgehen gegen dieses Problem würde schließlich eine entschiedene Selbstorganisation der Zivilgesellschaft erfordern. Darauf weisen auch die von Frei Betto – während Lulas erster Amtszeit persönlicher Berater des Präsidenten und Koordinator des Null-Hunger-Programms – genannten sozialen Eckdaten hin. Ihm zufolge leben in Brasilien 54 Millionen Menschen in Armut, 80 Millionen Menschen können den täglichen Bedarf an Kalorienzufuhr nicht decken, 119 Millionen verfügen über ein monatliches Einkommen von weniger als drei Mindestlöhnen, das Einkommen der ärmsten fünfzig Prozent der Bevölkerung entspricht dem ersten Prozent der reichsten Bevölkerungsschicht und nur ein Prozent der Landeigentümer ist im Besitz von 44 Prozent der Anbauflächen (vgl. Frei Betto 2002).

Trotz dieser Missstände erwies sich Präsident Lula als guter Verwalter der öffentlichen Ausgaben, wobei er auch die Rückzahlung der Auslands-

schulden pünktlich leistete. Weiters behauptete er sich als Schiedsrichter der demokratischen Aushandlungsprozesse innerhalb der Regierungsinstitutionen, verteidigte die Interessen Brasiliens in den internationalen Foren und respektierte die demokratischen Prozesse in der Region. Dieses Image Lulas war ausschlaggebend bei den Präsidentschaftswahlen von 2006, die sich aufgrund der zuvor erwähnten ethisch-politischen Krise der PT als schwierig erwiesen. Seine progressive Herangehensweise in der Sozialpolitik und bei der Wiederherstellung der staatlichen Rolle als Regulierungsinstanz sowie seine souveräne Außenpolitik ermöglichten es ihm, die negative Bilanz seiner Regierung in anderen Bereichen auszugleichen. Allerdings war die Unterstützung weiter Teile der brasilianischen Bevölkerung, die sich enttäuscht über das Fortbestehen einer traditionellen und korrupten Politik zeigte, nicht bedingungslos. Dies eröffnete einen erstaunlich großen Spielraum für die rechtskonservativen Kräfte, die durch eine offensive Haltung versuchten, sich neu zu positionieren und die Vorherrschaft über die Regierung zurückzugewinnen. Die alten Oligarchien der Unternehmerschaft wollten dies mittels einer aggressiven Wahlkampagne des Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei Brasiliens (Partido da Social Democracia Brasileira, PSDB), Geraldo Alckmin, bewerkstelligen. Lula reagierte darauf mit einer Kampagne, die zwar von der PT profitierte, sich aber gleichzeitig von ihr distanzierte. Er suchte zudem die politische Unterstützung der durch die assistenzialistischen Programme begünstigten Bevölkerungssektoren. Weiters gelang es ihm, eine neutrale Haltung des in der ersten Präsidentschaftsperiode begünstigten Finanzkapitals sicherzustellen.

Zu diesen Faktoren kommt noch hinzu, dass die unabhängigen linksgerichteten Kräfte innerhalb der Parteienlandschaft und den sozialen Bewegungen, die sich zuvor von der PT distanziert hatten, ihr im letzten Augenblick ihre Unterstützung zusicherten. Im zweiten Wahlgang konnte Lula daher auf die Stimmen dieser linken Gruppierungen zählen, die öffentlich zwei Gründe für ihre Unterstützung nannten: Einerseits wollten sie damit eine Rückkehr der rechtsgerichteten Parteien an die Regierung unterbinden, andererseits die politischen und demokratischen Rahmenbedingungen aufrechterhalten, die ihnen eine autonome Entwicklung ermöglichten. Vor diesem Hintergrund konnte Lula daher trotz einer schwierigen Ausgangssituation schließlich eine Mehrheit für seine Regierung sichern.

7.4 Die gegenwärtige Situation

Derzeit verzeichnet Brasilien ein beachtliches Wirtschaftswachstum. Eine verstärkte staatliche Regulierung hat ein günstiges Umfeld für die Industrie, für die industrielle Landwirtschaft sowie für die staatlichen und halbstaatlichen Unternehmen wie Petrobras und Vale do Rio Doce geschaffen. Auch international wird Lula für die demokratische Stabilität im Land und für die geschickte Handhabung der Staatsausgaben geschätzt, sowie auch für die wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Bewältigung der aktuellen internationalen Finanzkrise. Dank Letzterer gelang es ihm sogar, positive wirtschaftliche Wachstumsraten aufrechtzuerhalten. Zusammen mit einigen sozialpolitischen Maßnahmen, die eine – zwar begrenzte und ungenügende – Partizipation der Bevölkerung fördern, sind dies die Gründe für den breiten Konsens in der Zivilgesellschaft gegenüber dem Präsidenten. Im Dezember 2008 erzielte Lula laut Meinungsumfragen mit mehr als 80 % die höchste Zustimmung eines Präsidenten in der Geschichte Brasiliens (Info7.mx 2008).

Zudem wurde auch schon ein mögliches Szenario für die Nachfolge Lulas in den kommenden Präsidentschaftswahlen im Oktober 2010 entworfen, das sich aus zwei Optionen zusammensetzt: zum einen eine direkte Nachfolge innerhalb der Arbeiterpartei, insbesondere falls es Dilma Rousseff gelingen sollte, als Kandidatin der PT aufgestellt zu werden; zum anderen eine indirekte Nachfolge durch den Abgeordneten der PSB Ciro Gomes, sollte dieser für das Amt des Vizepräsidenten kandidieren oder eine Koalition zwischen PSB und PT anführen. Trotz des signifikanten Wirtschaftswachstums und der progressiven regierungspolitischen Maßnahmen ist die politische und juristische Institutionenlandschaft einer ständigen Spannung ausgesetzt. Deren Ursachen sind sowohl in den prekären politischen Übereinkommen zwischen den antagonistischen gesellschaftlichen Kräften zu suchen als auch in der ständigen Infragestellung der Machtspiele seitens der Oligarchie. Ein Beispiel dafür sind die vom Senat bewilligten fortwährenden parlamentarischen Untersuchungsausschüsse, um Korruptionsvorwürfen nachzugehen. In diesem Zusammenhang stellt sich die wichtige Frage, ob Elemente auszumachen sind, die auf eine Erneuerung der Beziehungen zwischen politischer und ziviler Gesellschaft jenseits eines bloß modernisierten nationalen Entwicklungsprogramms hindeuten.

Die Antwort darauf scheint negativ auszufallen, unter anderem aufgrund der krisenhaften Beziehung der Regierung zu den sozialen Bewegungen des Landes.

Unmittelbar nach der erfolgreichen Wiederwahl Lulas Ende 2006 fanden sich die sozialen Bewegungen mit der Regierung zusammen, um einen kritischen Dialog in die Wege zu leiten und ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Sie übergaben dem Präsidenten einen Forderungskatalog, der eine wirtschaftspolitische Kursänderung, eine Reform des Versicherungs- und Arbeitsmarktes, eine größere Umverteilung des Reichtums, den Respekt gegenüber der Umwelt, eine effektive Landreform und die Demokratisierung der Massenmedien beinhaltete (vgl. Frei Betto 2007). Obwohl der Präsident sich bei diesem Zusammentreffen dazu verpflichtete, einen dauerhaften Dialog mit den sozialen Bewegungen zu führen, scheint es wenig wahrscheinlich, dass er den einzelnen Forderungen nachkommen wird. Letztendlich würde deren Erfüllung eine Abkehr von seiner cäsaristischen Position als Mittler zwischen den antagonistischen Projekten der unterschiedlichen Kräfte bedeuten und eine klare Parteinahme für die subalternen Gruppen und Klassen des Landes implizieren. Es ist daher wahrscheinlicher, dass auf vereinzelte und gesonderte Interessen eingegangen wird, während gleichzeitig der Ausschluss der sozialen Bewegungen von einer effektiven und breiten politischen Partizipation aufrechterhalten wird. Frei Betto zufolge würde dies die Fortsetzung des autoritär-bürokratischen Staates bedeuten, der jedoch von einer politischen Gesellschaft dominiert wird, die auf die Unterstützung der Bevölkerung zurückgreifen kann. Diese Unterstützung wäre jedoch lediglich abstrakter Natur. Sie würde nicht die Existenz neuer Vermittlungsmöglichkeiten widerspiegeln, die Ausdruck der organischen Unterstützung einer partizipativen und selbstbestimmten Zivilgesellschaft wären. Im Rahmen einer Marginalisierung der sozialen Bewegungen warnt Frei Betto vor der Gefahr eines neopopulistischen Regierungsprogramms. Das ursprüngliche Ziel der PT, die ArbeiterInnenklasse zu organisieren, würde somit einem assistenzialistischen Klientelismus Platz machen. Dieser würde zwar WählerInnenstimmen einbringen, wäre jedoch nicht in der Lage, den strukturellen Problemen und den tief liegenden Ursachen der sozialen Ungleichheit des Landes entgegenzusteuern (vgl. Frei Betto 2007).

In diesem Kontext verschleiern die Exporterlöse, die Erholung der nationalen Industrie und der sowohl auf die Erhöhung der Arbeitslöhne als auch der auf die staatlichen Unterstützungen zurückzuführende Anstieg der Konsumausgaben die politisch-institutionellen Defizite der zweiten Amtszeit Lulas. Besonders schwerwiegend sind der Prestigeverlust der Parlamentsfraktionen und die Schwächung der partizipativen Gestaltungsräume der Zivilgesellschaft. Radikale Parteien wie etwa die PSOL (Partido Socialismo e Liberdade) oder Teile der PSB (Partido Socialista Brasileiro), soziale Bewegungen (wie etwa die MST), zahlreiche politische Gruppierungen und Intellektuelle sowie die Nationale Bischofskonferenz Brasiliens (CNBB) haben in diesem Zusammenhang versucht, eine moralische Kritik an der Regierung Lulas aufrechtzuerhalten, allerdings mit nur mäßigem Erfolg. Im Umfeld der sozialen Bewegungen und der radikalen politischen Parteien scheint sich jedenfalls noch keine Strategie abzuzeichnen, die auf die Organisation der subalternen Kräfte, auf eine radikale Transformation der Institutionen und die Erweiterung sozialer und politischer Rechte abzielt. Erst dies aber würde ein gegen-hegemoniales Projekt ausmachen, das in der Lage ist, die historische Subalternität der ArbeiterInnenschaft und anderer marginalisierter Bevölkerungsteile in Frage zu stellen und den traditionellen Eliten ihre hegemoniale Position streitig zu machen.

8. Die Hegemoniedebatte

Mit dem Regierungsantritt Lulas und der PT wurden die politische Hegemonie der rechtsgerichteten Oligarchien und ihre elitären Ansichten geschwächt, denen zufolge allein die Eliten die Bedürfnisse des Landes kennen und dazu in der Lage sind, sich den nationalen Problemen zu stellen. Die Regierung Lula konnte diesen Anschauungen gegenüber aufzeigen, dass auch eine Arbeiterpartei eine politische Akteurin ist, die die Regierungsgeschäfte zu lenken vermag. Die Leitideen der zivilen Hegemonie in der Gesellschaft scheinen jedoch noch immer stark von den konservativen Führungsgruppen der Industrie, der Mehrheit der bundesstaatlichen Regierungen und den monopolistischen Massenmedien (*O globo*, *A folha de São Paulo*) auszugehen. Letztere beeinflussen in außerordentlichem Maße die in der Gesellschaft vorherrschenden Normalitätsvorstellungen und Wertauf-

fassungen, die Gramsci als Alltagsverstand bezeichnet hatte, besonders in Bezug auf die Konsumhaltungen, den Fortschrittsglauben, die Stabilität der liberalen Demokratie und die vorherrschende Rolle des Marktes (Oliver 2009). Obwohl sie ihre politische Führungsrolle konsolidiert hat, scheint die PT jedoch jegliche gegen-hegemonialen Bestrebungen aufgegeben zu haben. Aus hegemonietheoretischer Perspektive ist die aktuelle Regierung der PT nicht daran interessiert, einen auf eine radikale Veränderung des Landes abzielenden kollektiven Willensbildungsprozess voranzutreiben. Dieser müsste eine Stärkung der Macht des Volkes beinhalten, auch wenn dies nur langsam durch die schrittweise Eroberung einzelner Stellungen geschehen könnte. Der hegemoniale Stellungskrieg findet somit nicht so sehr auf dem institutionellen Terrain der politischen Gesellschaft und von Seiten der Regierung statt. Er wird in anderen gesellschaftlichen Räumen ausgetragen und durch andere AkteurInnen verkörpert, etwa in den ländlichen Gebieten und den lokalen Regierungen, die zum Tätigkeitsbereich der MST gehören, im Kampf der sozialen Bewegungen oder der Nachbarschaftsvereinigungen in den Favelas, durch lokale Gruppierungen der PT, politische Zusammenschlüsse oder Parteien, deren kritische und partizipative Ausrichtung stärker auf die autonome Organisation der breiten Bevölkerung hinarbeitet als die Führung der PT.

9. Schlussbemerkungen

Betrachtet man die Politik der Regierung Lula, so ergibt sich das Bild eines neuen progressiven Programms innerhalb der staatlichen Institutionen, ohne dass dabei jedoch Optionen einer alternativen Hegemonie bestünden. In diesem Fehlen eines national-popularen Projekts liegt die größte Kontinuität zu den vorherigen Regierungen. Dies impliziert auch die Abwesenheit einer Politik, die auf die Veränderung der subalternen Position der brasilianischen ArbeiterInnenschaft und der übrigen breiten Bevölkerung ausgerichtet ist.

Durch die von der Regierung Lula durchgeführten Veränderungen im Gefüge des neoliberalen Wettbewerbsstaates verfügt dieser nun über neue Instrumente staatlicher Regulierung und orientiert sich zudem an humanistischen Zielen wie dem Kampf gegen die Armut. Weitere neue Wesens-

züge dieser Regierung sind der Ausbau des Sozialversicherungswesens, eine demokratische Regierungsführung, eine teilweise lokale Partizipation und ein Hauch progressiver Ideologie. Das Projekt der PT verschaffte dadurch zwar der ArbeiterInnenschaft und der armen Bevölkerung mehr Einfluss, ist jedoch immer noch den Interessen des mächtigen Finanzkapitals und der Oligarchie der städtischen und ländlichen Unternehmen untergeordnet. Die vier von der Regierung Cardoso eingeführten negativen Elemente – der Funktionsverlust der Parteien als Mittlerinnen zwischen ziviler und politischer Gesellschaft, die Medienpropaganda als Mittel politischer Herrschaft und der politischen Auseinandersetzungen, die Entpolitisierung weiter Bevölkerungssektoren und die Vorherrschaft des Marktes als bevorzugter Raum für die Lösung sozialer Probleme – haben damit eine beeindruckende Fortsetzung erfahren. Der bekannte brasilianische Intellektuelle Leonardo Boff bestätigt, dass etwa durch die halbherzig durchgeführte Landreform die PT einer Entpolitisierung weiter Vorschub leistete und zudem ökologische Kriterien in der Regierungspolitik kaum berücksichtigt wurden. Ihm zufolge müsste sich die PT von der Vorstellung lösen, dass die Regierungsübernahme durch die Arbeiterpartei bereits die Erfüllung der Utopien des brasilianischen Volkes implizierte. Die PT könne sich nicht damit zufrieden geben, mehr vom selben zu bieten, sondern müsse tatsächliche Veränderungen herbeiführen (vgl. Boff 2009).

Das politische Projekt der Regierung Lula hebt sich von jenen seiner Vorgänger zwar deutlich ab. Dies hatte jedoch bislang wenig Auswirkung auf die traditionelle Hegemonie der rechtskonservativen Kräfte des Landes. Allerdings haben diese Gruppierungen einen wichtigen Baustein ihrer Hegemonie verloren, nämlich die Kontrolle über die politische Gesellschaft. Auf der anderen Seite sind in der brasilianischen Zivilgesellschaft unterschiedliche Keime eines gegen-hegemonialen Reifungsprozesses auszumachen, unter anderem in privaten Vereinigungen, politischen Parteien, bei einzelnen Intellektuellen, kulturellen Zusammenschlüssen usw. Wenn Hegemonie darin besteht, dass eine soziale und politische Kraft mit einem ideologisch-politischen Projekt einen entscheidenden Einfluss auf andere zivilgesellschaftliche Gruppierungen und Zusammenschlüsse ausübt, so trifft dies jedenfalls nicht auf die Regierung Lula zu. Ihr fehlen sowohl ein alternatives politisches Projekt als auch die vielfältigen Einflussmöglichkeiten, die auf die Entstehung einer neuen Hegemonie unter ihrer Vorherr-

schaft schließen lassen, auch wenn sich neue historische Kräfte innerhalb der Zivilgesellschaft ihren Weg bahnen.

*Aus dem Spanischen von Dana de la Fontaine und
Melanie Hernandez Sanchez*

Literatur

- Arias, Juan (2005): La Amazonia devastada. In: El País, 28.5.2005. http://www.elpais.com/articulo/sociedad/Amazonia/devastada/elpepusoc/20050528elpepisoc_4/Tes, 23.II.2009.
- Arias, Juan (2007): Lula emprende la revolución de las favelas. In: El País, 22.3.2007. http://www.elpais.com/articulo/internacional/Lula/emprende/revolucion/favelas/elpepuint/20070322elpepuint_4/Tes?print=1, 23.II.2009.
- Asociación de Movimientos Sociales (2008): Brasil: carta de los movimientos sociales al presidente Lula, 28.II.2008. http://www.prensadefrente.org/pdfb2/index.php/a/2008/II/28/brasil_carta_de_los_movimientos_sociales, 23.II.2009.
- Ayala, Natalia (2003): El Consejo de Desarrollo Económico y Social. http://www.redtercermundo.org.uy/tm_economico/texto_completo.php?id=207, 8.II.2009.
- Boff, Leonardo (2009): Una Silva sucesora de una Silva? In: América Latina en Movimiento, 21.8.2009. <http://alainet.org/active/32523&lang=es>, 23.II.2009.
- Braga, Elza Maria Franco (2009): Política pública de segurança alimentar: tessituras em busca de nova institucionalidade. In: Pires, Fernando (Hg.): Poder e políticas públicas na América Latina. Fortaleza: Editora Universidade Federal do Ceará.
- Burgos, Raúl (1994): As peripécias de Gramsci: entre Gulliver e o Pequeno Polegar. Um estudo sobre os projetos políticos do PT e da FMLN. Campinas: UNICAMP.
- Caccia Bava, Silvio (2009): Gigante pela própria natureza. In: Le Monde Diplomatique, Brasil. 13.2.2009, 3.
- Campello, Daniela/Zucco, Cesar (2008): A esquerda em um país democrático, globalizado e desigual. Uma análise do Brasil de Lula. In: Moreira, Carlos/Raus, Diego/Gómez Leyton, Juan Carlos (Hg.): La nueva política en América Latina. Rupturas y continuidades. Montevideo: Trilce, 97-124.
- Carvalho Filho, José Juliano de (2009): El gobierno Lula fracasó en la Reforma Agraria. <http://www.rebellion.org/noticia.php?id=26475>, 13.8.2009.
- Dagnino, Evelina (2004): Confluência perversa, deslocamentos de sentido, crise discursiva. In: Grimson, Alejandro (Hg.): La cultura en las crisis latinoamericanas. Buenos Aires: CLACSO/Ciudad Autónoma de Buenos Aires, 195-216.

- Dagnino, Evelina/Olvera, Alberto J./Panfichi, Aldo (Hg., 2006): La disputa por la construcción democrática en América Latina. México, D.F.: Fondo de Cultura Económica.
- Faoro, Raymundo (2001): Os donos do Poder. A formação do patronato político brasileiro. Rio de Janeiro: Editora Globo.
- Fiori, José Luis (2003): O voo da coruja: para reler o desenvolvimento brasileiro. Rio de Janeiro: Record.
- Frei Betto (2002): Desafíos al gobierno de Lula. In: Revista electrónica Vinculando, 18.12.2002. http://vinculando.org/brasil/lula/desafios_al_gobierno_de_lula.html, 23.11.2009.
- Frei Betto (2004): El programa hambre cero en Brasil. <http://www.congreso.gob.gt/plumainvitada/15.pdf>, 13.8.2009.
- Frei Betto (2005): A mosca azul. Rio de Janeiro: Rocco.
- Frei Betto (2007): Brasil. Coalición y movimientos sociales. In: América Latina en Movimiento, 16.1.2007. <http://alainet.org/active/15940&lang=es>, 23.11.2009.
- Gramsci, Antonio (1999): Cuadernos de la cárcel. Bd. 5. México, D.F.: Era Ediciones/Benemérita Universidad Autónoma de Puebla. [Dt.: Gefängnishefte, 10 Bände. Hamburg: Argument 1991ff].
- Gutiérrez, Bernardo (2008): Lula se atraganta con la reforma agraria en Brasil. <http://www.publico.es/internacional/034607/brasil/lula/mst/stedile/latifundios/amazonia>, 2.8.2009.
- Indexmundi (2009): [http://www.indexmundi.com/es/brasil/producto_interno_bruto_\(pib\).html](http://www.indexmundi.com/es/brasil/producto_interno_bruto_(pib).html), 5.8.2009.
- Info7.mx (2008): En Brasil, popularidad de Lula en su máximo histórico incluso con la crisis. 15.12.2008. <http://www.info7.com.mx/noticia.php?id=68305&secc=5>, 3.12.2009.
- Iruegas, Gustavo (2008): UNASUR. In: La Jornada, 22.5.2008. <http://www.jornada.unam.mx/2008/05/22/index.php?section=opinion&article=021a2pol>, 23.11.2009.
- Maringoni, Gilberto (2006): PT X PSDB: rumo ao quinto governo Collor. In: Revista Margem Esquerda, Nr. 7, 7.5.2006, 31-39.
- Marx, Karl (1950): Las luchas de clases en Francia de 1848 a 1850. Moskau: Edición Progreso. [Dt.: Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848–1850. Marx/Engels Werke, Band 22. Berlin: Dietz, 1972].
- midiatecavipec (2009): Los biocombustibles relegan la reforma agraria en Brasil. http://www.midiatecavipec.com/agua_y_energia/agua_y_energia050509.htm, 2.8.2009.
- Oliveira, Francisco de (2003a): A crítica à razão dualista. O ornitorrinco. São Paulo: Boitempo.
- Oliveira, Francisco de (2003b): O enigma de Lula: ruptura ou continuidade? In: Revista Margem Esquerda, Nr. 1, 1.5.2003, 37-41.
- Oliveira, Francisco de (2006): O momento Lênin. In: Novos Estudos 75, Juli 2006, 23-47. http://www.cebrap.org.br/imagens/Arquivos/o_momento_lenin.pdf, 5.12.2009.

- Oliver, Lucio (2005): Revisitando al Estado. Las especificidades actuales del Estado en América Latina. In: Castro Escudero, Teresa/Oliver, Lucio (Hg.): Poder y política en América Latina. México, D.F.: UNAM/Siglo XXI, 50-86.
- Oliver, Lucio (2008): La sociedad brasileña frente al contexto mundial y al nuevo papel geopolítico y geoeconómico de Brasil. In: Rocha, Alberto/Preciado, Jaime (Hg.): Proyectos y estrategias de integración en América Latina y el Caribe en el contexto de América Latina del Norte y Europa. Guadalajara: Editorial del CUCSH, Universidad de Guadalajara, 527-538.
- Oliver, Lucio (2009): El Estado ampliado en Brasil y México. México, D.F.: UNAM.
- Palazzesi, Ariel (2009): Brasil y la privatización del Amazonas. 27.6.2009. <http://www.neoteo.com/brasil-y-la-privatizacion-del-amazonas.neo>, 8.12.2009.
- Pires, Fernando (Hg., 2009): Poder e políticas públicas na América Latina. Fortaleza: Editora Universidade Federal do Ceará.
- Programa de Seguridad Alimentaria (2003): Brasil: Ediciones Gobierno Brasileiro.
- PT (2002): Programa electoral. São Paulo: Ediciones PT.
- Serrano, Pascual (2009): Entrevista a Charles Trocate, líder del MST amenazado por los latifundistas y perseguido por el sistema judicial brasileño. <http://www.rebellion.org/noticia.php?id=95524>, 21.11.2009.
- Stedile, Joao Pedro/Mançano, Bernardo (1999): Brava gente, a trajetória do MST e a luta pela terra no Brasil. São Paulo: Edición Fundação Perseu Abramo.
- TeleSur (2009): Lula critica bases militares en Colombia y exige garantías a EE.UU. In: TeleSur, 6.11.2009. <http://www.telesurtv.net/noticias/secciones/nota/61208-NN/lula-critica-bases-militares-en-colombia-y-exige-garantias-a-eeuu/>, 5.12.2009.
- Terra (2003): Plan de Lula para legalizar las favelas en Brasil. 7.1.2003. <http://www.terra.com.ar/canales/internacionales/60/60537.html>, 23.11.2009.
- Zavaleta Mercado, René (1986): El Estado en América Latina. La Paz/Cochabamba: Los amigos del libro.

Abstracts

Der Wahlsieg des Gewerkschaftsführers Luiz Inácio Lula da Silva im Jahr 2002 löste viele Erwartungen an die neue Regierung unter der Führung der Arbeiterpartei aus. Nach fast zwei Regierungsperioden ist klar, dass Lula nicht die gegen-hegemonialen Kämpfe innerhalb der Zivilgesellschaft repräsentiert, die der Vorherrschaft des transnational artikulierten Finanzkapitals alternative gesellschaftliche Projekte entgegenstellen. Lulas Regierung, so die Hypothese des vorliegenden Beitrags, ist nicht Ausdruck dieser gegen-hegemonialen Kämpfe, sondern versucht, sich über die Auseinanderset-

zungen zwischen den antagonistischen Kräften des Landes zu stellen. Die Analyse der wichtigsten Momente der Regierung unter Lula zeigt sowohl ihre Distanz zu den sozialen Bewegungen als auch eine Wirtschaftspolitik, die trotz einiger Zugeständnisse an die marginalisierten Gesellschaftssektoren den oligarchischen Gruppen der großen Industriekonzerne und der Finanzunternehmen zugute kommt. Die Beziehung Lulas zu großen Teilen der Bevölkerung zeichnet sich damit nicht durch eine aktive Organisation der subalternen Kräfte aus, sondern durch einen neopopulistisch geprägten Assistenzialismus.

The victory of union leader Luiz Inácio Lula da Silva in the Brazilian presidential elections of 2002 raised many expectations about the new government under the labour party. However, after nearly two presidential terms it turns out that Lula does not represent the counter-hegemonic struggles within civil society, which oppose alternative political projects to the dominance of transnationally articulated financial capital. Instead the new government tries to position itself above the conflicts between the various antagonistic forces of the country. The analysis of the most important moments of Lula's government shows both its distance from social movements as well as economic policies which benefit the oligarchic groups of industrial and financial corporations. The president's attitude towards marginalized social sectors is not characterised by the active organization of subaltern forces but a rather neo-populist agenda based on material concessions.

Lucio Oliver
Politikwissenschaftliche Fakultät der
Universidad Nacional Autónoma de México (UNAM)
Leiter des postgradualen Programms für Lateinamerikastudien
oliverbar@hotmail.com